

Stadtverordnetenbüro
 Auskunft erteilt: Frau Allamode
 Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
 Telefax: 0641 306-2033
 E-Mail: stadverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 07.12.2015

N i e d e r s c h r i f t

der 32. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration
 am Mittwoch, dem 02.12.2015,
 im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
 Sitzungsdauer: 18:05 - 20:30 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz	
Herr Peter Sommer	
Herr Rolf Krieger	Ausschussvorsitzender
Herr Zeynal Sahin	

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker	
Herr Martin Schlicksupp	(in Vertretung für Stv. Kräske)
Frau Julia-Christina Sator	

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Frau Elke Victor

Außerdem:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich	FDP-Fraktion	
Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion	(bis 19:17 Uhr)
Herr Michael Janitzki	Fraktion LB/BLG	
Herr Christian Oechler	Fraktion LB/BLG	

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	(bis 19:45 Uhr)
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(bis 19:38 Uhr)
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	

Herr Burkhard Schirmer Stadtrat (bis 19:45 Uhr)

Von der Verwaltung:

Frau Gabi Keiner Stellv. Leiterin Jugendamt (bis 18:54 Uhr)

Frau Christina Bräutigam Jugendamt - (bis 18:54 Uhr)

Herr Eduard Galyschew Jugendhilfeplanung -

Herrn Gerald Menche Integrationsbüro

 Ordnungsamt -

 Ausländerbehörde -

Vom Ausländerbeirat:

Herr Nabi Ibraimtzik Stellv. Vorsitzender (ab 18:51 Uhr bis 20:25 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode Stellv. Schriftführerin

Gäste/Sachverständige:

Herr Matthias Acker Stadtwerke Gießen AG (bis 19:19 Uhr)

Herr Rüdiger Hahn Stadtwerke Gießen AG (bis 19:19 Uhr)

Entschuldigt:

Herr Gerhard Greilich Fraktion B'90/GR

Herr Dieter Kräske CDU-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

2. Entwicklung der Kinderbetreuung - Umsetzung gesetzlicher und fachlicher Vorgaben -;
 hier: Information des Magistrats

3. Energieabstellung;
 hier: Information durch die Stadtwerke Gießen

- | | | |
|----|---|---------------|
| 4. | Handlungskonzept Integration
- Antrag des Magistrats vom 19.11.2015 - | STV/3041/2015 |
| 5. | Ausstehende Berichterstattung "Anteil der Kitabetreuung"
und "Situation in der Ausländerbehörde"
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2015 - | STV/2979/2015 |
| 6. | Ausstattung der Universitätsstadt Gießen mit
automatischen externen Defibrillatoren (AED)
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2015 - | STV/2982/2015 |
| 7. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Entwicklung der Kinderbetreuung - Umsetzung gesetzlicher und fachlicher Vorgaben -; hier: Information des Magistrats

Frau Keiner, Stellv. Leiterin Jugendamt, und **Frau Bräutigam**, Jugendamt - Jugendhilfeplanung, machen umfangreiche Ausführungen zu dem Themenkomplex, diese werden mit einer Powerpoint Präsentation unterstützt, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Fragen der Stv. Grothe, Dr. Greilich und Janitzki werden von Frau Keiner und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantwortet.

3. Energieabstellung; hier: Information durch die Stadtwerke Gießen

Herr Acker und Herr Hahn, Stadtwerke Gießen AG, erläutern anhand einer Powerpoint Präsentation (*ist der Niederschrift als Anlage beigefügt*) die Vorgehensweise der Stadtwerke zum Thema Energieabschaltung bei Zahlungsverzug. Sich anschließende Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Acker und Herrn Hahn beantwortet.

4. Handlungskonzept Integration **STV/3041/2015**
- Antrag des Magistrats vom 19.11.2015 -

Antrag:

„Das Handlungskonzept ‚Integration in der Universitätsstadt Gießen‘ wird beschlossen.“

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, **schlägt vor, die Vorlage wie folgt zu ergänzen:**

„Über den Stand der Umsetzung dieses Konzeptes berichtet der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung in zweijährigen Abständen.“

Stadträtin Eibelshäuser äußert sich zustimmend zur vorgeschlagenen Änderung.

Stv. Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, beantragt, im „Themenfeld: Interkulturelle Öffnung in Institutionen und Verwaltungen“ **auf Seite 32 im Feld Zielsetzung** (hinter: Interkulturelle Öffnung als ...) **einen weiteren Punkt einzufügen, der wie folgt lautet:** „Den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund deutlich (Ziel: 30 %) zu erhöhen.“

An der Diskussion beteiligen sich zudem die Stv. Bietz, Grothe, Victor, Herr Ibraimtzik (Ausländerbeirat), Herr Galyschew (Integrationsbüro) und Stadträtin Eibelshäuser.

Beratungsergebnis:

- Der Änderungsantrag des Stv. Janitzki wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR; StE: FW).
- Dem Änderungsantrag des Stv. Dr. Greilich wird zugestimmt.
- Der so geänderten Magistratsvorlage, STV/3041/2015, wird einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR; StE: FW).

5. Ausstehende Berichterstattung "Anteil der Kitabetreuung" **STV/2979/2015**
und "Situation in der Ausländerbehörde"
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2015 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten die Antwort auf folgende Anträge bis zur nächsten Sitzungsrunde vorzulegen:

1. Bericht zum Anteil der Kitabetreuung (STV/2756/2015)
2. Bericht zur Situation in der Ausländerbehörde (STV/2870/2015).“

Begründung:

Bis zum heutigen Tage liegen leider keine Berichte des Magistrates zu den beiden o. a.

Anträgen vor, so dass die Aussprache zu den Anträgen voraussichtlich nicht fristgerecht in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses erfolgen kann.

Damit dies wenigstens in der letzten Sitzung des Sozialausschusses in diesem Jahr nachgeholt werden kann, bitten die Freien Demokraten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, zieht Ziffer 2 des Antrages zurück, da der schriftliche Bericht vorgelegt wurde.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

**6. Ausstattung der Universitätsstadt Gießen mit
automatischen externen Defibrillatoren (AED)
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2015 -**

STV/2982/2015

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie viele automatische externe Defibrillatoren (AED) seit 2011 in welchen städtischen Gebäuden und Fahrzeugen z.B. der Feuerwehren und auf Initiative des Magistrates in publikumsintensiven privaten Einrichtungen wie z.B. Einkaufszentren, SWG, Deutsche Bahn, Banken und Sparkassen, Technische Hochschule Mittelhessen und Universität, Arztpraxen, Krankenhäusern und Kliniken angeschafft wurden.
2. Dafür Sorge zu tragen, dass sukzessive in allen städtischen Gebäuden und vorrangig zunächst in den Sporthallen aufgestellt werden.“

Begründung:

Der plötzliche Herztod ist die häufigste außerklinische Todesursache in Deutschland und in einer Stadt mit der Einwohnerzahl Gießens muss nach zuverlässigen Hochrechnungen an fast jedem dritten Tag mit einem solchen Ereignis gerechnet werden. In den meisten Fällen liegt dem ein Kammerflimmern zugrunde, dessen einzig wirksame Behandlung die sofortige externe Defibrillation darstellt.

Moderne AED können von eingewiesenen Laienhelfern sicher bedient werden und erhöhen die Überlebenschancen der betroffenen Patienten deutlich. Diese kann dadurch noch gesteigert werden, dass bei Benutzung der AED die Rettungsleitstelle automatisch informiert wird.

Die Installation solcher Geräte an möglichst vielen und besonders prädestinierten Stellen des öffentlichen Lebens in der Universitätsstadt Gießen ist daher allein durch ihre Existenz eine unabwendbare Notwendigkeit.

Auf die Möglichkeit der Ko - Finanzierung durch Sponsoren wie z.B. verschiedene Stiftungen sei hingewiesen.

Vorsitzender schlägt vor, Ziffer 1 des Antrages zur Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung zu verweisen und über Ziffer 2 abzustimmen.

Mit dieser Verfahrensweise erklären sich die Ausschussmitglieder und Herr Dr. Greilich (Antragsteller) einverstanden.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1 des Antrages wird zur Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung verwiesen.
- Ziffer 2 des Antrages wird einstimmig zugestimmt.

7. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung am Mittwoch, **10.02.2016, 18:00 Uhr**, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) K r i e g e r

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e